

Hinze, Jörg

Article

Konjunkturschlaglicht: Deutliches Wirtschaftswachstum 2026 möglich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hinze, Jörg (2025) : Konjunkturschlaglicht: Deutliches Wirtschaftswachstum 2026 möglich, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Paradigm Publishing Services, Warsaw, Vol. 105, Iss. 12, pp. 923-924,
<https://doi.org/10.2478/wd-2025-0233>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/336141>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Konjunkturschlaglicht

Deutliches Wirtschaftswachstum 2026 möglich

Die deutsche Wirtschaft wartet auf die Konjunkturwende. Wie schon im ersten Halbjahr 2025 insgesamt stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch im dritten Quartal. Ein schwieriges internationales Umfeld und eine bislang eher zaghafte Umsetzung von Reformen durch die neue Regierung bremsen weiterhin die Wirtschaftsentwicklung. So zog sich der US-Zoll-Streit bis ins dritte Quartal hinein. Zudem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit durch die Euroaufwertung gegenüber dem US-Dollar deutlich verschlechtert. Das dämpfte vor allem die Ausfuhren in die USA, aber auch die übrigen in Dollar abgerechneten Ausfuhren. Und die Exporte nach China stehen dort unter verschärftem Konkurrenzdruck. Gleichzeitig sind die Importe gestiegen, sodass der Wachstumsbeitrag von außen negativ war. Überdies gelang es der Regierung bislang nicht, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Die Umsetzung der angekündigten Reformen kam eher langsam voran und wurde durch Divergenzen innerhalb der Koalition überlagert. Eine Stimmungsverbesserung, bei Unternehmen wie auch Verbrauchern, blieb so zunächst aus.

Im vierten Quartal 2025 ist nicht mit einer großen Wende zu rechnen. Die bisherigen Fiskalmaßnahmen beginnen aber ausgabewirksam zu werden und der Export dürfte nach den Zolleinigungen mit den USA zunächst eher wieder steigen. Die bislang dämpfenden Faktoren beginnen somit umzuschlagen. Das reale und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt sollte deshalb im vierten Quartal leicht zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2025 wird das Wirtschaftswachstum dann 0,2 % betragen (Abbildung 1).

Die Beschäftigungsentwicklung scheint auf den ersten Blick recht stabil (Tabelle 1). Das gilt zumindest für die Zahl der Arbeitnehmer. Allerdings ist die Entwicklung im Einzelnen sehr unterschiedlich. In der kriselnden Industrie sowie im Baubereich sank die Beschäftigung bis zuletzt. Allerdings steigt die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, besonders in den öffentlichen Bereichen. Die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote (im Oktober: 6,3 %) haben sich zuletzt nicht weiter erhöht. Die Inflationsrate lag in den letzten Monaten wieder knapp über der Stabilitätsmarke von 2 %. Trotz günstiger Energie- und Einfuhrpreise waren weitere Stabilitätserfolge nicht

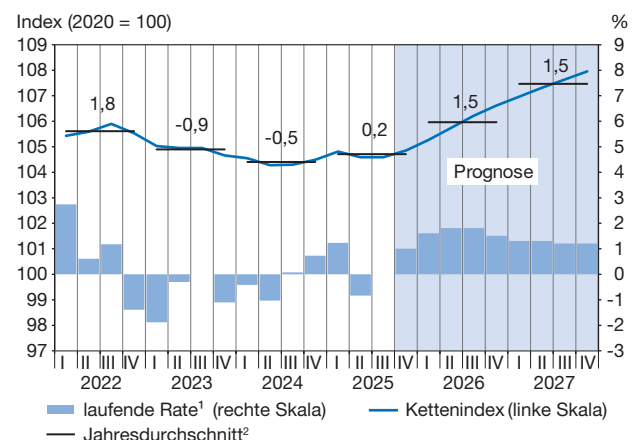
möglich. Vielmehr sind die Dienstleistungspreise wieder merklich, auf 3,5 %, angestiegen. Die Kernrate (Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie) hält sich hartnäckig bei 2,75 %. Dahinter steht offenbar eine trotz wieder moderaterer Lohnabschlüsse bei unzureichender Produktivitätsentwicklung spürbare Kostenentwicklung.

Bei Amtsantritt hatte die neue Regierung umfassende Strukturreformen und Ausgabenprogramme erwarten lassen, zumal sie die Verschuldungsmöglichkeiten großzügig erweitert hatte. Das Sondervermögen für Infrastruktur und die Aussetzung der Schuldenbremse für erhöhte Verteidigungsausgaben ließen erhebliche Fiskalimpulse erwarten. Zumindest in den kommenden zwei Jahren sollten diese eintreten. Für eine dauerhafte Stärkung der deutschen Wirtschaft sind überdies umfassendere Reformen erforderlich, die die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft verbessern. Ohnedem würde sich das Wachstum wieder merklich abflachen.

Die bis 2027 erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten und die Energiekostenentlastungen ab 2026 sollten für vermehrte private Investitionen sorgen. Verschiedene andere Reformversprechen wurden wegen der Finanzierungsprobleme aufgeschoben. Der angestrebte Abbau der Bürokratie wird angesichts der vielfachen EU-Zuständigkei-

Abbildung 1
Reales Bruttoinlandsprodukt

Saison- und arbeitstäglich bereinigt



© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet. ² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab viertem Quartal 2025 Prognose des HWWI.

ten ebenfalls nicht einfach sein. Unklar ist auch, wie der Reformbedarf im Sozialbereich angegangen werden soll. Deutschland hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Anteile von Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt; gleichzeitig fehlt Geld für Bildungsausgaben, öffentliche Investitionen oder Verteidigungsausgaben. Ein bestimmtes Rentenniveau angesichts der ungünstigen demografischen Faktoren längerfristig festzuschreiben, wäre nur durch Erhöhung der Zuschüsse aus der Staatskasse möglich; diese Mittel fehlen dann aber anderswo.

Der Wachstumsimpuls infolge von ersten Reformvorhaben und Fiskalmaßnahmen für mehr Infrastrukturinvestitionen und Verteidigungsausgaben wird – je nachdem was an wirklich zusätzlichen Ausgaben unterstellt wird – auf 0,6 % bis 1 % BIP-Wachstum veranschlagt. Überdies dürften die privaten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen merklich erhöht werden. Der private Konsum wird bei Ausweitung der Beschäftigung und leicht zunehmenden Realeinkommen zumindest moderat steigen. Und auch der staatliche Konsum wird sicherlich weiter expandieren. Bei zunächst noch gedämpften Aussichten für die deutschen Exporteure und zunehmenden Importen dürfte der Wachstumsbeitrag von außen negativ bleiben. Unter diesen Bedingungen dürfte das reale BIP 2026 kalenderbereinigt um etwa 1,25 % zunehmen. Bei 2,5 mehr Arbeitstagen gegenüber 2025 – was einem Wachstumseffekt von 0,25 % entspricht – wird das Wirtschaftswachstum dann im Jahresdurchschnitt rund 1,5 % betragen.

Die fiskalischen Ausgabenprogramme dürften aufgrund der Auftragsvergabe-, Genehmigungs- und Produktionszeiten, insbesondere bei größeren Investitionsvorhaben, 2027 noch zusätzliche Impulse bewirken. 2027 ist zudem das letzte Jahr, in dem die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen gelten; Unternehmen dürften deshalb teilweise für die Folgezeit geplante Investitionen vorziehen. Die Bauinvestitionen dürften ebenfalls weiter merklich zunehmen. Die Ausweitung der Beschäftigung und moderat steigende Realeinkommen werden den privaten Konsum weiterhin stützen. Ausgehend davon, dass sich die Rahmenbedingungen im internationalen Handel nicht weiter verschlechtern, sollten sich die Ausfuhren stabilisieren. Unter diesen Bedingungen dürfte sich die Konjunkturdynamik gegenüber 2026 nur wenig verringern. Bei einem jedoch höheren statischen Überhang zu Beginn 2027 und einem nochmaligen positiven Kalendereffekt könnte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2027 wie schon 2026 um 1,5 % steigen.

Bei dieser Entwicklung sollte die Arbeitslosenquote 2026 wieder unter 6 % fallen und sich zum Jahresende 2027 hin der 5 %-Marke nähern. Für die Preisentwicklung wird das stabilitätspolitische Umfeld eher schwieriger. Die

Tabelle 1
Eckdaten für Deutschland

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,9	-0,5	0,2	1,5	1,5
Private Konsumausgaben	-0,7	0,5	0,9	1,0	1,1
Staatliche Konsumausgaben	-0,2	2,6	2,1	1,5	1,4
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,4	4,0	4,2
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-2,1	5,5	5,3
Bauten	-5,9	-3,4	-1,0	2,6	3,1
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	4,7	4,7
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,7	1,9	1,5
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,2	1,4	2,4
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,6	2,6	2,4
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	0,7	0,1	-0,0	0,1	0,3
Arbeitslose (in Mio.)	2,61	2,79	2,93	2,85	2,65
Arbeitslosenquote ² (in %)	5,4	5,7	6,0	5,9	5,4
Verbraucherpreise	5,9	2,3	2,2	2,1	2,1
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-2,5	-2,7	-2,5	-3,5	-3,5
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	5,5	5,8	4,8	4,5	4,5

¹ Preisbereinigt. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; ab 2025 Prognose des HWWI.

in letzter Zeit inflationsdämpfenden Entwicklungen bei Energie- und Importpreisen werden sich kaum so weiter fortsetzen. Und die stärkere staatliche Nachfrage könnte in einzelnen Bereichen für steigende Preise sorgen. Auf der anderen Seite dürfte bei wieder expandierender Produktion sich auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität verbessern und den Anstieg der Arbeitskosten dämpfen. Letzteres lässt zwar eine niedrigere Kernrate erwarten, ein nachhaltiges Sinken der Inflationsrate unter die Stabilitätsmarke von 2 % ist jedoch unwahrscheinlich. Hier wird für den Prognosezeitraum 2026/2027 mit einer Inflationsrate von knapp über 2 % gerechnet.

Sowohl im internationalen Umfeld wie auch auf nationaler Ebene gibt es Risiken für diese Prognose. Die geopolitischen Krisen bestehen fort. In der Handelspolitik ist trotz Zoll-Deals die Verlässlichkeit seitens der USA keinesfalls sicher. Auch im Handel mit China spielen mehr und mehr strategische Überlegungen eine Rolle; die Liefersicherheit bei sensiblen Rohstoffen und Gütern ist nicht unbedingt gewährleistet. Innenpolitisch gibt es Unsicherheit durch Differenzen innerhalb der Koalition. Ein Scheitern der angekündigten Reformpolitik würde auch die erwartete Erneuerung der deutschen Wirtschaft infrage stellen.

Jörg Hinze
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)